

## **Marion von Wartenberg, Fraktion ver.di, ACA, IG Metall**

Für die Fraktion ver.di/ACA/IG Metall möchte ich sagen, dass die Zukunft der Gesetzlichen Krankenkassen und die Entmachtungsabsichten der Selbstverwaltung in den Organen der Krankenkassen und des Medizinischen Dienstes in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Sowohl der Verwaltungsratsvorsitzende als auch der Vorsitzende des Vorstandes haben hierzu bereits ausgeführt, was in diesem Kontext geplant ist. Kurz gesagt, man will die Soziale Selbstverwaltung in allen Bereichen, bei den Krankenkassen, den Medizinischen Diensten und vermutlich in naher Zukunft bei der Deutschen Rentenversicherung massiv einschränken, um ein politisches Durchgriffsrecht zu erhalten. Wozu das führen kann, sieht man bereits in vielen kleinen Bausteinen. Wenn man sich aus dem AGS-VR heraus die Situation bei der Liposuktion des Lipödems vor Augen führt, als Minister Spahn die Idee in die Welt setzte, den in der Hauptsache unmittelbar betroffenen Patientinnen zu helfen, dann wird das klar. Die Krankenkassen seien hier zu langsam, der GBA sei in seiner Zuständigkeit nicht fähig, eine Umsetzungsstrategie zu entwickeln, sodass er als Minister der Auffassung ist, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Erfreulicherweise konnte der GBA doch etliche kleinere Einschränkungen erreichen. Nichts desto trotz sind die Krankenkassen jetzt damit konfrontiert, über zwei Jahre in einem wissenschaftlichen Versuch dieses Vorhaben umzusetzen. Bei dieser Entscheidung wurde die Selbstverwaltung in keiner Weise einbezogen.

Und das zeigt nur an einer Stelle auf, was das dann in den Ausführungsbestimmungen für Krankenkassen bedeuten kann, welche Leistungen dadurch auf Krankenkassen zukommen. Wir dürfen nicht vergessen, wenn wir über all diese kleinen Maßnahmen reden, was Selbstverwaltung im originären Sinne für eine Bedeutung hat. Ursprünglich entstammte die Idee der Selbstverwaltung daher, dass diejenigen, die in ein System einzahlen – und ich verkürze es hier auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auf Versicherte und diejenigen, die die Zuschüsse einzahlen – die die Haushalts- und Verfahrenshoheit haben. Mit der Entmachtung der Selbstverwaltung werden die dazugehörigen Instrumente durch den Gesundheitsminister ad absurdum geführt. Die Verwaltungsräte sind in ihren Aufgaben nicht mehr autonom, weil sie ihren Aufgaben nach Auffassung des Ministers nicht mehr gewachsen seien. Ob hier schriftliche Protestnoten nach Berlin tatsächlich in der Umsetzungsstrategie hilfreich sind, wage ich zu bezweifeln. Gleichwohl findet unsere Fraktion den Vorstoß der Bundeswahlbeauftragten sehr gut, die in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen hat, wenn die Argumentation des Bundesgesundheitsminister treffend wäre, dann müssten sich unsere Bundestagsabgeordneten verabschieden und dürften die Gesetzgebungsverfahren den Ministerien überlassen. Das ist in der Verkürzung eigentlich das, was der Minister Spahn für uns will.

Wir müssen also die Selbstverwaltung nicht durch Protestbriefe stärken, sondern wir müssen sie jetzt und permanent sichtbar machen. Es nützt nichts, wenn wir in der Selbstverwaltung ein Jahr, bevor die Wahl ansteht, sichtbar werden, sondern wir müssen permanent sichtbar sein. Und auch das Handeln und Agieren unserer Krankenkasse muss permanent sichtbar sein. Der Vorsitzende des Vorstandes hat dies ja soeben auch sehr wohl ausgeführt mit den Aktivitäten in Berlin, die man nachdrücklich nur unterstützen kann. Gleichwohl müssen wir die Aktivitäten auch in die Regionen verlagern, müssen dort sichtbar sein. Und wir müssen natürlich auch mit den Verwaltungsräten in den Regionen sichtbar sein. Es ist großartig, wenn unser Vorstand und unsere Beschäftigten super gute Veranstaltungen organisieren und dies auch pressemäßig wirksam wird. Aber dies muss in Verbindung mit der Selbstverwaltung sichtbar werden. Denn sonst betrachtet uns ein versichertes Mitglied lediglich als Kummerkasten, an die oder den ich mich, wenn ich nicht weiterkomme, ggf. hinwende. In der Hoffnung, dass diese oder dieser das dann weitertransportiert. Das erleben wir ja im Austausch untereinander immer wieder, wie viele Anfragen uns erreichen und wo wir was weiterreichen. Das allein wird für die Zukunft nicht zielführend sein. Wir haben, wenn wir auf die Europa- und Kommunalwahlen zurückblicken, gesehen, was soziale Medien für eine Wirkung haben und erzielen. Das heißt für unsere Fraktion, die Anregung in den Verwaltungsrat, aber auch in das Hauptamt zu geben, sich Gedanken zu machen, wie wir die Online-Redaktion stärken können. Die DAK-Gesundheit ist auf Facebook wirklich gut unterwegs. Aber mit hauptamtlicher Expertise. Wie können wir Expertise, wie sie in unseren Magazinen immer wieder von den Ausschussvorsitzenden, vom Verwaltungsrat und seinen Vorsitzenden und von den Mitgliedern transportiert werden, dann auch auf digitalem Wege transportieren. Wenn wir die Zielgruppen erreichen wollen, die Jüngeren und Familienaffinen, dann müssen wir eben auch diejenigen erreichen, die nicht mehr in ein Papierdruckmagazin schauen, sondern die heute sich schon online darüber informieren, wie der Verwaltungsrat arbeitet und welche Entscheidungen er trifft. Ein Verwaltungsrat trifft immer Entscheidungen auf Detail. Wir sind Expertinnen und Experten. Aber der Versicherte draußen kann dieses kleinklein und die Verwaltungsratsprache nicht verstehen. Dem geht es immer ganz pragmatisch darum, was betrifft mich und welche Krankenkasse bringt mir was. Und ich mache das mal an einem Beispiel fest: wenn in den großen Medien permanent darüber berichtet wird, dass Impfstoffe, das Arzneimittel nicht zur Verfügung stehen, dass es bspw. in orthopädischen Kliniken momentan zum Teil nicht möglich war, Narkosen durchzuführen, ohne eine Vollnarkose einzusetzen, verunsichert das unsere Mitglieder. Wenn Versicherte in Mitgliedermagazinen und großen Tageszeitungen diese Informationen veröffentlicht bekommen, dann müssen sie adäquate Informationen von ihrer Versicherung dazu erhalten. Der Versicherte muss erfahren: Was tun wir, wie stellen wir uns auf, wie

erreichen wir eine gute Versorgung. Das müssen wir als Verwaltungsräte in Zukunft tun, wir müssen unsere Arbeit transparent aufzeigen und somit zeigen, dass wir unverzichtbar sind, dass wir immer den Finger in der Wunde haben und Dinge im Interesse der Versicherten umsetzen. Das ist das, was wir unbedingt erreichen müssen. Und dazu gehört natürlich auch, wie der Zugang für die Versicherten zu ihrer Kasse und zu uns gesichert ist. Sei es online, sei es in der Geschäftsstelle, sei es in der Erreichbarkeit, sei es in der Telefonie. Und da haben wir die dringende Bitte, dass man, bevor man in eine Umsetzungsstrategie der besseren Erreichbarkeit einmündet, eine genaue Analyse dazu erstellt. Eines ist klar: wir sind für unsere Versicherten zuständig. Unsere Versicherten werden aber nur gut bedient, wenn unsere Beschäftigten hoch motiviert sind und ihre Kapazitäten auch sinnvoll eingesetzt und genutzt werden können.